

9. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

31. März 1955

291/J

A n f r a g e

der Abg. O l a h, P r o b s t, Z e c h t l, K n e c h t e l s d o r f e r
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres,
betreffend Novellierung des Optionsgesetzes.

-.-.-

Als das Optionsgesetz, BGBl. Nr. 142/54, im Nationalrat beraten wurde, wurde von verschiedenen Abgeordneten dabei auch die Forderung erhoben, die vereinfachte Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft auch den Südtirolern, die noch in Österreich leben und hier arbeiten, zugute kommen zu lassen. Diese Personen sind zumeist vor dem im Optionsgesetz festgelegten Stichtag bereits in das Gebiet der heutigen Republik Österreich eingereist.

Massgebend für diese Erwägungen war insbesondere die Praxis der Einbürgerungen in Vorarlberg und teilweise auch in Tirol. Ganz besonders aber in Vorarlberg wird die Einbürgerung von Südtirolern äusserst schleppend betrieben. Diese arbeitsamen Menschen haben deshalb nicht nur Nachteile für sich, sondern auch für ihre Kinder zu ertragen. Der überwiegende Teil von ihnen ist entschlossen, endgültig in Österreich zu bleiben, und soll nicht weiterhin der Willkür einzelner Landesmachthaber schutzlos ausgesetzt bleiben.

Die gefertigten Abgeordneten sind daher der Meinung, dass auch dieser Personenkreis unter die Bestimmungen des Optionsgesetzes einbezogen werden soll, und stellen daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für Inneres bereit, dem Hohen Haus ehestens eine Novelle zum Optionsgesetz vorzulegen, durch welche denjenigen Südtirolern, die in Österreich bleiben wollen, die Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft unter den gleichen Voraussetzungen gestattet sein soll wie den Volksdeutschen?

-.-.-.-.-